

Vereinbarung zur Verarbeitung personenbezogener Daten im Auftrag
zum Hauptvertrag _____ vom _____

zwischen

der **Leipziger Wohnungs- und Baugesellschaft mbH**

vertreten durch die Geschäftsführung Frau Doreen Bockwitz und Herrn Kai Tonne,
Wintergartenstraße 4, 04103 Leipzig

– im Folgenden **Auftraggeber** genannt –

und

vertreten durch: _____

– im Folgenden **Auftragnehmer** genannt –

– gemeinsam **Vertragsparteien** genannt –

Präambel¹

Der Auftraggeber möchte den Auftragnehmer mit Leistungen beauftragen, bei deren Erbringung vom Auftragnehmer personenbezogene Daten als Teil der Vertragsdurchführung nach Weisung des Auftraggebers verarbeitet werden. Die Vertragsparteien schließen diese Vereinbarung, um die Einhaltung von Artikel 28 Absätze 3 und 4 der Verordnung (EU) 2016/679 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 27.04.2016 zum Schutz natürlicher Personen bei der Verarbeitung personenbezogener Daten, zum freien Datenverkehr und zur Aufhebung der Richtlinie 95/46/EG (sog. Datenschutz-Grundverordnung, im Weiteren „DSGVO“) sicherzustellen. Diese Vereinbarung gilt unbeschadet der Verpflichtungen, denen der verantwortliche Auftraggeber gemäß der DSGVO und/oder der Verordnung (EU) 2018/1725 unterliegt.

1. Auslegung und Vorrang

- 1.1 Werden in diesem Vertrag die in der DSGVO bzw. der Verordnung (EU) 2018/1725 definierten Begriffe verwendet, so haben diese Begriffe dieselbe Bedeutung wie in der betreffenden Verordnung in der im Zeitpunkt des Vertragsschlusses geltenden Fassung.

¹ Zur vereinfachten Darstellung und leichteren Lesbarkeit werden ggf. männliche Formen bei der Bezeichnung verwendet. Hiermit sind keinerlei Wertungen, Aussagen, Empfehlungen oder Festlegungen verbunden, jedes Geschlecht ist angesprochen.

- 1.2 Die in diesem Vertrag vereinbarten Klauseln sind im Lichte der Bestimmungen der DSGVO bzw. der Verordnung (EU) 2018/1725 auszulegen und dürfen nicht in einer Weise ausgelegt werden, die den in der DSGVO oder der Verordnung (EU) 2018/1725 vorgesehenen Rechten und Pflichten zuwiderläuft oder die Grundrechte oder Grundfreiheiten der betroffenen Personen beschneidet.
- 1.3 Im Falle eines Widerspruchs zwischen zusammenhängenden Vereinbarungen (z. B. Hauptvertrag), die zwischen den Vertragsparteien bestehen oder später eingegangen oder geschlossen werden, haben die Regelungen aus dieser Vereinbarung Vorrang. Ein Widerspruch liegt vor, wenn einzelne Pflichten der Vertragsparteien in den Vertragsbestandteilen unterschiedlich definiert sind, nicht jedoch, wenn Pflichten aus dem Hauptvertrag durch diese Vereinbarung zur Auftragsverarbeitung lediglich ergänzt oder konkretisiert werden.
- 1.4 Diese Vereinbarungen ist bzw. wird einschließlich der Präambel und Anlagen Bestandteil des Hauptvertrages; jede Bezugnahme auf den Hauptvertrag schließt die vorliegende Vereinbarung mit ein. Sämtliche in dieser Vereinbarung bestimmten Pflichten erstrecken sich auf alle Tätigkeiten, die mit dem Hauptvertrag in Verbindung stehen und bei denen die Beschäftigten des Auftragnehmers und/oder durch den Auftragnehmer beauftragte Dritte mit personenbezogenen Daten des Auftraggebers in Berührung kommen oder in Berührung kommen könnten.
- 1.5 Der Auftragnehmer prüft die Bestandteile dieser Vereinbarung mit der Sachkunde eines erfahrenen Dienstleisters und unter Berücksichtigung seiner Kenntnisse. Stellt er Unklarheiten fest, hat er den Auftraggeber hiervon unverzüglich und möglichst vor Ausführung der betroffenen Leistung in Textform zu informieren und eine Entscheidung des Auftraggebers über die Art und den Umfang der tatsächlich geforderten Verarbeitung der personenbezogenen Daten des Auftraggebers herbeizuführen.

2. Angabe der zuständigen Datenschutz-Aufsichtsbehörden

- 2.1 Zuständige Datenschutz-Aufsichtsbehörde für den Auftraggeber ist die Sächsische Datenschutzbeauftragte, Devrientstraße 5, 01067 Dresden.
- 2.2 Zuständige Datenschutz-Aufsichtsbehörde für den Auftragnehmer ist _____.
- 2.3 Die Vertragsparteien arbeiten auf Anfrage mit der Datenschutz-Aufsichtsbehörde bei der Erfüllung ihrer Aufgaben zusammen.

3. Vertragsgegenstand

- 3.1 Der Auftragnehmer erbringt für den Auftraggeber Leistungen auf Grundlage des oben genannten Hauptvertrages im Bereich

-
- 3.2 Dabei erhalten der Auftragnehmer und seine Beschäftigten oder durch den Auftragnehmer Beauftragte Zugriff auf personenbezogene Daten und verarbeiten diese ausschließlich im Auftrag und nach Weisung des Auftraggebers. Umfang und Zweck der Datenverarbeitung durch den Auftragnehmer sowie die davon betroffenen Personen/Gruppen ergeben sich aus dem Hauptvertrag (und, sofern vorhanden, aus der dazugehörigen Leistungsbeschreibung) und/ oder aus der **Anlage 1** zu dieser Vereinbarung. Dem Auftraggeber obliegt die Beurteilung der Zulässigkeit der Datenverarbeitung.
- 3.3 Änderungen des Verarbeitungsgegenstandes und/oder Verfahrensänderungen sind von den Vertragsparteien gemeinsam abzustimmen und schriftlich oder in einem dokumentierten elektronischen Format festzulegen.
- 3.4 Die Laufzeit dieses Vertrags richtet sich nach der Laufzeit des Hauptvertrages, sofern sich aus den nachfolgenden Bestimmungen nicht über die Laufzeit des Hauptvertrages hinausgehende Verpflichtungen ergeben. Sich aus diesem Vertrag ergebende Kündigungsrechte bleiben von der vorstehenden Regelung unberührt.
- 3.5 Die vorliegende Vereinbarung bleibt über das Ende des Hauptvertrags hinaus solange gültig, wie der Auftragnehmer über personenbezogene Daten verfügt, die ihm vom Auftraggeber zugeleitet wurden oder die er für diesen erhoben hat.
- 3.6 Die Erbringung der vertraglich vereinbarten Datenverarbeitung findet ausschließlich in einem Mitgliedstaat der Europäischen Union oder einem anderen Vertragsstaat des Abkommens über den Europäischen Wirtschaftsraum statt. Jede Verlagerung in ein Drittland bedarf der vorherigen Zustimmung des Auftraggebers und darf nur erfolgen, wenn die besonderen Voraussetzungen der Artikel 44 ff. DSGVO erfüllt sind.

4. Weisungsbefugnis

- 4.1 Der Auftragnehmer darf Daten ausschließlich im Rahmen des Hauptvertrags und gemäß den Weisungen des Auftraggebers verarbeiten. Jede davon abweichende oder darüberhinausgehende Verarbeitung von Daten des Auftraggebers ist dem Auftragnehmer untersagt. Dies gilt insbesondere für eine Verarbeitung dieser Daten zu eigenen Zwecken und/oder für Dritte.
- 4.2 Wird der Auftragnehmer durch das Recht der Europäischen Union oder der Mitgliedstaaten, dem er unterliegt, zu weiteren Verarbeitungen der Daten verpflichtet, teilt er dem Auftraggeber diese rechtlichen Anforderungen vor der Verarbeitung mit, sofern ihm dies rechtlich gestattet ist.

- 4.3 Die Weisungen des Auftraggebers werden anfänglich durch diese Vereinbarung festgelegt (hierzu Ziffer 4.7) und können vom Auftraggeber danach im Grundsatz unter Einhaltung der gesetzlichen Schrift- oder Textform durch einzelne Weisungen geändert, ergänzt oder ersetzt werden (Einzelweisung). Der Auftraggeber ist jederzeit zur Erteilung entsprechender Weisungen berechtigt. Dies umfasst auch Weisungen in Hinblick auf die Berichtigung und Löschung von Daten sowie auf die Einschränkung der Verarbeitung. Mündliche Weisungen sind unverzüglich schriftlich oder in einem dokumentierten elektronischen Format zu bestätigen.
- 4.4 Der Auftragnehmer ist verpflichtet, die Weisungen des Auftraggebers unverzüglich auszuführen. Der Auftragnehmer hat den Auftraggeber zu unterrichten, wenn eine Weisung nicht unverzüglich durchgeführt werden kann.
- 4.5 Die weisungsberechtigten Personen ergeben sich aus **Anlage 4**. Bei einem Wechsel oder einer längerfristigen Verhinderung der benannten Personen ist der anderen Vertragspartei unverzüglich der Nachfolger bzw. Vertreter in Textform zu benennen. In dringenden Fällen darf der Auftraggeber jedem anderen Beschäftigten des Auftragnehmers entsprechende Weisungen erteilen, sofern weder der in **Anlage 4** genannte Empfangsberechtigte noch sein Stellvertreter für den Auftraggeber erreichbar waren.
- 4.6 Alle erteilten Weisungen sind sowohl vom Auftraggeber als auch vom Auftragnehmer zu dokumentieren. Weisungen, die über die hauptvertraglich vereinbarte Leistung hinausgehen, werden als Antrag auf Leistungsänderung behandelt. Regelungen über eine etwaige Vergütung von Mehraufwänden, die durch ergänzende Weisungen des Auftraggebers an den Auftragnehmer entstehen, bleiben unberührt.
- 4.7 Folgende generelle Weisungen werden vom Auftraggeber erteilt:
- a) Der Auftragnehmer verarbeitet die Daten des Auftraggebers ausschließlich auf der Grundlage der vom Auftragnehmer dokumentierten Weisungen des Auftraggebers.
 - b) Der Auftragnehmer trennt die verwendeten Daten des Auftraggebers von den sonstigen bei ihm gespeicherten Datenbeständen.
 - c) Der Auftragnehmer garantiert, dass sich die Personen, die bei ihm zur Verarbeitung personenbezogener Daten des Auftraggebers befugt sind, nachweisbar zur Vertraulichkeit verpflichtet haben oder einer angemessenen gesetzlichen Verschwiegenheitspflicht unterliegen.
- 4.8 Der Auftragnehmer informiert den Auftraggeber unverzüglich, wenn er der Auffassung ist, dass vom Auftraggeber erteilte Weisungen gegen die DSGVO, die Verordnung (EU) 2018/1725 oder geltende Datenschutzbestimmungen der Union oder der Mitgliedstaaten verstoßen. Der Auftragnehmer ist berechtigt, die Durchführung der betreffenden Weisung solange auszusetzen, bis diese durch den Auftraggeber bestätigt oder geändert wird. Der Auftragnehmer darf die Durchführung einer offensichtlich rechtswidrigen Weisung ablehnen.

5. Organisationspflichten des Auftragnehmers

- 5.1 Der Auftragnehmer versichert, dass er seine Pflichten, die aus Artikel 28 DSGVO („Auftragsverarbeitung“) und/oder anderen Vorschriften der DSGVO und/oder des BDSG und/oder aus weiteren Datenschutzbestimmungen resultieren, erfüllt und durch regelmäßige interne Kontrollen überprüft.
- 5.2 Sofern hierzu gesetzlich verpflichtet, hat der Auftragnehmer einen fachkundigen und zuverlässigen Datenschutzbeauftragten zu bestellen und diesen dem Auftraggeber zu benennen. Der Auftragnehmer teilt dem Auftraggeber die Gründe einer Nichtbestellung in Textform mit. Ist beim Auftragnehmer kein Datenschutzbeauftragter bestellt, teilt der Auftragnehmer dem Auftraggeber Name und Kontaktdaten des Ansprechpartners für den Datenschutz beim Auftragnehmer mit.
- 5.3 Jeder Wechsel in der Person des Datenschutzbeauftragten bzw. des Ansprechpartners für den Datenschutz ist dem Auftraggeber unverzüglich in Textform mitzuteilen. Wird festgestellt, dass Daten unrichtig sind, hat der Auftragnehmer den Auftraggeber hierüber zu informieren und nach dessen Weisung unverzüglich zu berichtigen. Daten, für die die Voraussetzungen des Artikel 18 DSGVO („Recht auf Einschränkung der Verarbeitung“) vorliegen, dürfen nur entsprechend eingeschränkt verarbeitet werden. Für die Auftragsverarbeitung gemäß dem Hauptvertrag und dieser Vereinbarung nicht mehr benötigte Daten sind zu löschen.
- 5.4 Im Falle einer Verletzung des Schutzes personenbezogener Daten bei oder im Zusammenhang mit der Auftragsverarbeitung arbeitet der Auftragnehmer mit dem Auftraggeber als Verantwortlicher zusammen und unterstützt entsprechend, damit dieser seinen Verpflichtungen gemäß den Artikeln 33 und 34 DSGVO oder gegebenenfalls den Artikeln 34 und 35 der Verordnung (EU) 2018/1725 nachkommen kann, wobei der Auftragnehmer die Art der Verarbeitung und die ihm zur Verfügung stehenden Informationen berücksichtigt.
- 5.5 Der Auftragnehmer leistet dem Auftraggeber Unterstützung bei Kontrollen durch die Datenschutz-Aufsichtsbehörde, soweit es sich um die Datenverarbeitung beim Auftragnehmer (oder dessen Unterauftragnehmer) handelt.
- 5.6 Sofern der Auftragnehmer im Rahmen der Auftragsverarbeitung nach außen gegenüber Dritten auftreten sollte, tritt er nur im Namen des Auftraggebers auf.

6. Schutzmaßnahmen des Auftragnehmers

- 6.1 Der Auftragnehmer ist verpflichtet, die gesetzlichen Bestimmungen über den Datenschutz zu beachten und die aus dem Bereich des Auftraggebers erlangten Informatio-

nen nicht ohne entsprechende Weisung an Dritte weiterzugeben oder deren Zugriff auszusetzen. Unterlagen in Papierform und Daten sind gegen die Kenntnisnahme durch Unbefugte unter Berücksichtigung des Stands der Technik zu sichern.

- 6.2 Der Auftragnehmer wird in seinem Verantwortungsbereich die innerbetriebliche Organisation so gestalten, dass sie den besonderen Anforderungen des Datenschutzes gerecht wird. Der Auftragnehmer gewährleistet, dass er alle erforderlichen technischen und organisatorischen Maßnahmen zum angemessenen Schutz der Daten des Auftraggebers gem. Artikel 32 DSGVO, insbesondere mindestens die in **Anlage 2** aufgeführten Maßnahmen getroffen hat. Sofern auch besondere Kategorien personenbezogener Daten verarbeitet werden, trifft der Auftragnehmer zusätzlich die sich aus § 22 Abs. 2 BDSG ergebenden angemessenen und spezifischen Maßnahmen, die in **Anlage 2** genauer spezifiziert sind. Der Auftragnehmer legt auf Anforderung des Auftraggebers die näheren Umstände der Festlegung, welche Maßnahmen getroffen werden, und die Umsetzung der Maßnahmen offen.
- 6.3 Eine Verbesserung der getroffenen Sicherheitsmaßnahmen bleibt dem Auftragnehmer vorbehalten, wobei er sicherstellt, dass das vertraglich vereinbarte Schutzniveau nicht unterschritten und der Auftraggeber über wesentliche Veränderungen unverzüglich informiert wird, z. B. durch Übermittlung der entsprechend aktualisierten **Anlage 2** an den Auftraggeber unter Bezugnahme auf diese Vereinbarung über die Auftragsverarbeitung.
- 6.4 Den bei der Datenverarbeitung durch den Auftragnehmer eingesetzten Personen ist es untersagt, personenbezogene Daten unbefugt zu verarbeiten. Der Auftragnehmer wird alle Personen, die von ihm mit der Bearbeitung und der Erfüllung dieses Vertrages betraut werden, entsprechend verpflichten („**Verpflichtung zur Vertraulichkeit**“, Artikel 28 Abs. 3 Unterabsatz 1 S. 2 lit. b) DSGVO), über die sich aus diesem Vertrag ergebenden besonderen Datenschutzpflichten sowie die bestehende Weisungs- bzw. Zweckbindung belehren und mit der gebotenen Sorgfalt die Einhaltung der vorgenannten Verpflichtung sicherstellen. Diese Verpflichtungen müssen so gefasst sein, dass sie auch nach Beendigung dieses Vertrages oder des Beschäftigungsverhältnisses zwischen der betrauten Person und dem Auftragnehmer bestehen bleiben. Soweit vom Auftragnehmer betraute Personen einer gesetzlichen Verschwiegenheitspflicht in Bezug auf diese Tätigkeit unterliegen und deshalb eine Verpflichtung auf die Vertraulichkeit nicht erfolgen soll, ist der Verzicht auf die Vereinbarung auf die Vertraulichkeit nur zulässig, wenn diese gesetzliche Verschwiegenheitspflicht einen angemessenen Schutz bietet. Der Auftragnehmer gewährleistet die Einhaltung dieser Vertraulichkeit. Dem Auftraggeber sind die Verpflichtungen der vom Auftragnehmer mit der Erfüllung dieses Vertrages betrauten Personen auf Verlangen in geeigneter Weise nachzuweisen.

7. Informationspflichten des Auftragnehmers

- 7.1 Bei Störungen der Verarbeitungstätigkeiten, Verdacht auf Datenschutzverletzungen, Verletzungen vertraglicher Verpflichtungen des Auftragnehmers oder Verdacht auf

sonstige sicherheitsrelevante Vorfälle beim Auftragnehmer, bei ihm im Rahmen des Auftrags beschäftigten Personen oder durch Dritte wird der Auftragnehmer den Auftraggeber unverzüglich in Textform informieren. Dasselbe gilt für Prüfungen beim Auftragnehmer durch die Datenschutz-Aufsichtsbehörde oder durch Strafverfolgungsorgane, die für den Auftraggeber relevante Verarbeitungen oder Sachverhalte betreffen. Die Meldung über eine Verletzung des Schutzes personenbezogener Daten enthält, soweit möglich, folgende Informationen:

- a) eine Beschreibung der Art der Verletzung des Schutzes personenbezogener Daten, soweit möglich mit Angabe der Kategorien und der Zahl der betroffenen Personen, der betroffenen Kategorien und der Zahl der betroffenen personenbezogenen Datensätze;
- b) eine Beschreibung der wahrscheinlichen Folgen der Verletzung;
- c) eine Beschreibung der vom Auftragnehmer ergriffenen oder vorgeschlagenen Maßnahmen zur Behebung der Verletzung und ggf. Maßnahmen zur Abmilderung ihrer möglichen nachteiligen Auswirkungen.

- 7.2 Der Auftragnehmer trifft unverzüglich die erforderlichen Maßnahmen zur Sicherung der betroffenen Daten und zur Minderung möglicher nachteiliger Folgen für die betroffene(n) Person(en), informiert hierüber den Auftraggeber, ersucht diesen um weitere Weisungen und erteilt dem Auftraggeber jederzeit weitere Auskünfte, soweit seine Daten von einer Verletzung nach Abs. 1 betroffen sind.
- 7.3 Über wesentliche Änderungen der Sicherheitsmaßnahmen nach Nr. 6.2 hat der Auftragnehmer den Auftraggeber unverzüglich in Textform zu unterrichten.
- 7.4 Im Fall von gesetzlichen Ausnahmen von der Weisungsgebundenheit des Auftragnehmers gemäß Artikel 28 Abs. 3 Satz 2 lit. a) DSGVO informiert der Auftragnehmer den Auftraggeber über die auf der Grundlage von Rechtsvorschriften erfolgten oder unterlassenen Verarbeitungen, es sei denn die Rechtsvorschrift verbietet ihm wegen eines wichtigen öffentlichen Interesses eine Mitteilung.
- 7.5 Der Auftragnehmer führt ein Verzeichnis zu allen Kategorien von im Auftrag der Auftraggeber durchgeführten Tätigkeiten der Verarbeitung, das alle Angaben gemäß Artikel 30 Abs. 2 DSGVO enthält. Der Auftragnehmer übersendet zu Beginn der Tätigkeit und sodann jährlich dem Auftraggeber das für ihn aufgrund Artikel 30 Abs. 2 DSGVO erstellte Verzeichnis über die Verarbeitungstätigkeiten. Diese Unterlagen werden auch dem Datenschutzbeauftragten des Auftraggebers zur Verfügung gestellt.
- 7.6 An der Erstellung des Verfahrensverzeichnisses durch den Auftraggeber (Artikel 30 Abs. 1 DSGVO) sowie bei der Erstellung einer Datenschutz-Folgenabschätzung gem. Artikel 35 DSGVO und ggf. bei der vorherigen Konsultation der Datenschutz-Aufsichtsbehör-

den gem. Artikel 36 DSGVO hat der Auftragnehmer im angemessenen Umfang mitzuwirken. Er hat dem Auftraggeber die jeweils erforderlichen Angaben in Textform mitzuteilen.

- 7.7 Sollten die Daten des Auftraggebers beim Auftragnehmer durch Pfändung oder Beschlagnahme, durch ein Insolvenz- oder Vergleichsverfahren oder durch sonstige Ereignisse oder Maßnahmen Dritter gefährdet werden, so hat der Auftragnehmer dem Auftraggeber unverzüglich darüber zu informieren, sofern ihm dies nicht durch gerichtliche oder behördliche Anordnung untersagt ist. Der Auftragnehmer wird in diesem Zusammenhang alle zuständigen Stellen unverzüglich darüber informieren, dass die Entscheidungshoheit über die Daten ausschließlich bei dem Auftraggeber liegt.

8. Kontrollrechte des Auftraggebers

- 8.1 Der Auftraggeber überzeugt sich vor der Aufnahme der Datenverarbeitung und sodann regelmäßig von den technischen und organisatorischen Maßnahmen des Auftragnehmers. Hierfür kann er z. B. Auskünfte des Auftragnehmers einholen, sich vorhandene Testate von Sachverständigen, Zertifizierungen oder internen Prüfungen (wie Wirtschaftsprüfer, Revision, Datenschutzbeauftragten, Datenschutzauditoren oder Qualitätsauditoren) vorlegen lassen oder die technischen und organisatorischen Maßnahmen des Auftragnehmers, sofern möglich, nach rechtzeitiger Abstimmung zu den üblichen Geschäftszeiten selbst persönlich prüfen bzw. durch einen sachkundigen Dritten prüfen lassen, sofern dieser nicht in einem Wettbewerbsverhältnis zum Auftragnehmer steht. Dies gilt insbesondere im Fall von besonderen Vorkommnissen. Der Auftraggeber wird Kontrollen nur im erforderlichen Umfang durchführen und die Betriebsabläufe des Auftragnehmers dabei nicht unverhältnismäßig stören. Die Maßnahmen, insbesondere die Kontrolle, können auch durch den Datenschutzbeauftragten oder sonstigen Vertreter des Auftraggebers durchgeführt werden.
- 8.2 Der Auftragnehmer verpflichtet sich, dem Auftraggeber auf dessen mündliche oder schriftliche Anforderung innerhalb einer angemessenen Frist alle Auskünfte und Nachweise zur Verfügung zu stellen, die zur Durchführung einer Kontrolle der technischen und organisatorischen Maßnahmen des Auftragnehmers gemäß **Anlage 2** erforderlich sind.
- 8.3 Der Auftraggeber dokumentiert das Ergebnis der durchgeführten Kontrollen und teilt es dem Auftragnehmer mit. Bei Fehlern oder Unregelmäßigkeiten, die der Auftraggeber insbesondere bei der Prüfung von Auftragsergebnissen feststellt, hat er den Auftragnehmer unverzüglich zu informieren. Werden bei der Kontrolle Sachverhalte festgestellt, deren zukünftige Vermeidung Änderungen des angeordneten Verfahrensablaufs erfordern, teilt der Auftraggeber dem Auftragnehmer die notwendigen Verfahrensänderungen unverzüglich mit.

- 8.4 Der Auftragnehmer stellt dem Auftraggeber auf dessen Wunsch ein umfassendes und aktuelles Datenschutz- und Sicherheitskonzept für die Auftragsverarbeitung sowie über zugriffsberechtigte Personen zur Verfügung. Der Auftragnehmer weist den Auftraggeber insbesondere die Verpflichtung der Mitarbeiter nach Ziffer 6.4 auf Verlangen des Auftraggebers nach.

9. Einsatz von Unterauftragnehmern

- 9.1 Die hauptvertraglich vereinbarten Leistungen bzw. die nachfolgend beschriebenen Teilleistungen werden mit ausdrücklicher Zustimmung des Auftraggebers unter Einschaltung der in **Anlage 3** genannten Unterauftragnehmer durchgeführt. Der Auftragnehmer hält **Anlage 3** fortlaufend auf dem neuesten Stand.
- 9.2 Der Auftragnehmer ist im Rahmen seiner vertraglichen Verpflichtungen zur Begründung von weiteren Unterauftragsverhältnissen mit Unterauftragnehmern befugt, soweit er den Auftraggeber hiervon vorab in Kenntnis setzt und dieser schriftlich zugestimmt hat.
- 9.3 Der Auftragnehmer ist verpflichtet, Unterauftragnehmer stets sorgfältig nach deren Eignung und Zuverlässigkeit auszuwählen. Das Unterauftragsverhältnis ist nach Maßgabe des Artikel 28 DSGVO schriftlich zu beauftragen. Bei der Einschaltung von Unterauftragnehmern hat der Auftragnehmer diese entsprechend den Regelungen dieser Vereinbarung zu verpflichten und sicherzustellen, dass der Auftraggeber seine Rechte aus dieser Vereinbarung (insbesondere seine Prüf- und Kontrollrechte) direkt gegenüber den Unterauftragnehmern wahrnehmen kann.
- 9.4 Sofern eine Einbeziehung von Unterauftragnehmern in einem Drittland erfolgen soll, hat der Auftragnehmer sicherzustellen, dass beim jeweiligen Unterauftragnehmer ein angemessenes Datenschutzniveau gewährleistet ist (z. B. durch Abschluss einer Vereinbarung auf Basis der EU-Standarddatenschutzklauseln). Ziffer 3.6 dieser Vereinbarung gilt für die Verarbeitung der Daten des Auftraggebers durch Unterauftragnehmer entsprechend. Der Auftragnehmer wird den Auftraggeber auf Verlangen den Abschluss der vorgenannten Vereinbarungen mit seinen Unterauftragnehmern nachweisen. Soweit es zum Schutz von Geschäftsgeheimnissen oder anderen vertraulichen Informationen, einschließlich personenbezogener Daten notwendig ist, kann der Auftragnehmer den Wortlaut der Vereinbarung vor der Weitergabe einer Kopie unkenntlich machen.
- 9.5 Ein Unterauftragsverhältnis im Sinne dieser Bestimmungen liegt nicht vor, wenn der Auftragnehmer Dritte mit Dienstleistungen beauftragt, die als reine Nebenleistungen anzusehen sind. Dazu gehören z. B. Bewachungsdienste, Post-, Transport- und Versandleistungen, Reinigungsleistungen, Telekommunikationsleistungen ohne konkreten Bezug zu Leistungen, die der Auftragnehmer für den Auftraggeber erbringt. Wartungs- und

Prüfleistungen stellen Unterauftragsverhältnisse dar, soweit diese für IT-Systeme erbracht werden, die auch im Zusammenhang mit der Erbringung von Leistungen für den Auftraggeber genutzt werden.

- 9.6 Der Auftragnehmer haftet gegenüber dem Auftraggeber in vollem Umfang dafür, dass der Unterauftragnehmer seinen Pflichten gemäß dem mit dem Auftragnehmer geschlossenen Vertrag nachkommt. Der Auftragnehmer benachrichtigt den Auftraggeber, wenn der Unterauftragnehmer seine vertraglichen Pflichten nicht erfüllt.

10. Anfragen und Rechte betroffener Personen

- 10.1 Der Auftraggeber ist ferner für die Erfüllung der Rechte der betroffenen Personen nach den Artikeln 12-22 sowie 32 und 36 DSGVO verantwortlich. Der Auftragnehmer unterstützt den Auftraggeber dabei mit geeigneten technischen und organisatorischen Maßnahmen.
- 10.2 Macht eine betroffene Person Rechte, etwa auf Auskunftserteilung, Berichtigung oder Löschung hinsichtlich ihrer Daten, unmittelbar gegenüber dem Auftragnehmer geltend, so reagiert dieser nicht selbstständig, sondern verweist die betroffene Person unverzüglich an den Auftraggeber und wartet dessen Weisungen ab. Welche Tätigkeiten der Auftragnehmer im Rahmen der Unterstützung auszuführen hat, bestimmt sich im jeweiligen Einzelfall.

11. Haftung

- 11.1 Auftraggeber und Auftragnehmer haften gegenüber betroffenen Personen entsprechend der in Artikel 82 DSGVO getroffenen Regelung. Der Auftragnehmer stimmt eine etwaige Erfüllung von Haftungsansprüchen mit dem Auftraggeber ab.
- 11.2 Der Auftragnehmer stellt den Auftraggeber von sämtlichen Ansprüchen frei, die betroffene Personen gegen den Auftraggeber wegen der Verletzung einer dem Auftragnehmer durch die DSGVO auferlegten Pflicht oder wegen der Nichtbeachtung oder Verletzung einer in dieser Vereinbarung festgelegten Pflicht oder einer vom Auftraggeber gesondert erteilten Weisung geltend machen.
- 11.3 Auftraggeber und Auftragnehmer stellen sich jeweils von der Haftung frei, wenn und soweit eine Vertragspartei nachweist, dass sie in keinerlei Hinsicht für den Umstand, durch den der Schaden bei einer betroffenen Person eingetreten ist, verantwortlich ist. Im Übrigen gilt Artikel 82 Abs. 5 DSGVO.
- 11.4 Eine etwaige Haftungsbeschränkung aus dem Hauptvertrag zu Gunsten des Auftragnehmers findet auf die Verarbeitung der Daten nach dieser Vereinbarung keine Anwendung.

- 11.5 Der Auftragnehmer haftet für Verschulden seiner weiteren Auftragnehmer oder Unterauftragnehmer wie für eigenes Verschulden.

12. Außerordentliches Kündigungsrecht

Der Auftraggeber kann den Hauptvertrag fristlos ganz oder teilweise kündigen, wenn der Auftragnehmer seinen Pflichten aus diesem Vertrag nicht nachkommt, Bestimmungen der DSGVO vorsätzlich oder grob fahrlässig verletzt oder eine Weisung des Auftraggebers nicht ausführen kann oder will. Bei einfachen – also weder vorsätzlichen noch grob fahrlässigen – Verstößen setzt der Auftraggeber dem Auftragnehmer eine angemessene Frist, innerhalb welcher der Auftragnehmer den Verstoß abstellen kann.

13. Beendigung des Hauptvertrages

- 13.1 Der Auftragnehmer wird dem Auftraggeber nach Beendigung des Hauptvertrags oder jederzeit auf dessen Anforderung alle ihm überlassenen Unterlagen in Papierform, Daten und Datenträger, Test- und Ausschussmaterial zurückgeben oder – auf Wunsch des Auftraggebers, sofern nicht nach dem Unionsrecht oder dem Recht der Bundesrepublik Deutschland eine Verpflichtung zur Speicherung der personenbezogenen Daten besteht – löschen. Die Herausgabe- bzw. Vernichtungsverpflichtung betrifft auch etwaige Datensicherungen beim Auftragnehmer.
- 13.2 Der Auftragnehmer hat den dokumentierten Nachweis der ordnungsgemäßen Löschung zu führen. Dokumentationen, die dem Nachweis der auftrags- und ordnungsgemäßen Datenverarbeitung oder gesetzlichen Aufbewahrungsfristen dienen, sind durch den Auftragnehmer entsprechend der jeweiligen Aufbewahrungsfristen über das Vertragsende hinaus aufzubewahren.
- 13.3 Der Auftraggeber hat das Recht, die vollständige und vertragsgerechte Rückgabe bzw. Löschung der Daten beim Auftragnehmer in geeigneter Weise zu kontrollieren bzw. durch einen sachkundigen Dritten prüfen lassen, sofern dieser nicht in einem Wettbewerbsverhältnis zum Auftragnehmer steht.
- 13.4 Der Auftragnehmer ist verpflichtet, auch über das Ende des Hauptvertrags hinaus die ihm im Zusammenhang mit dem Hauptvertrag bekannt gewordenen Informationen vertraulich zu behandeln.

14. Schlussbestimmungen

- 14.1 Soweit vorstehend nicht ausdrücklich vereinbart, erhält der Auftragnehmer für die Erbringung von Leistungen nach dieser Vereinbarung keine zusätzliche Vergütung.
- 14.2 Die Einrede des Zurückbehaltungsrechts an Daten oder Unterlagen ist während der Vertragsdauer und danach (gleichgültig, aus welchem Grund das Auftragsverhältnis endet) ausgeschlossen.

- 14.3 Änderungen und Ergänzungen dieser Vereinbarung, die Erklärung einer Kündigung sowie die Abänderung dieser Klausel bedürfen zu ihrer Wirksamkeit der Schriftform (§ 126 Abs. 1, 2 BGB). Die Ersetzung der Schriftform durch die elektronische Form (§§ 126 Abs. 3, 126 a BGB) oder die Textform (§ 126 b BGB) ist ausgeschlossen. Der Vorrang individueller Vertragsabreden bleibt hiervon unberührt.
- 14.4 Die Unwirksamkeit oder Undurchführbarkeit einer oder mehrerer Regelungen dieses Vertrages lässt die Wirksamkeit der übrigen Regelungen dieses Vertrages unberührt. Dasselbe gilt für den Fall, dass der Vertrag eine an sich notwendige Regelung nicht enthält. An die Stelle der unwirksamen oder undurchführbaren Regelung oder zur Ausfüllung der Regelungslücke tritt die gesetzlich zulässige und durchführbare Regelung, die dem Sinn und Zweck der unwirksamen, undurchführbaren oder fehlenden Regelung nach der Vorstellung der Vertragsparteien zum Zeitpunkt des Vertragsschlusses am nächsten kommt.
- 14.5 Sofern die Europäische Kommission oder der Sächsische Landesbeauftragte für Datenschutz und Informationssicherheit Standardvertragsklauseln für die Auftragsverarbeitung festlegen bzw. novellieren, werden sich die Vertragsparteien zeitnah über etwaig erforderliche Anpassungen dieser Vereinbarung an die Standardvertragsklauseln verständigen.
- 14.6 Diese Vereinbarung unterliegt deutschem Recht.

Anlagen

- Anlage 1: Beschreibung der betroffenen Personen/Betroffenengruppen sowie der besonders schutzbedürftigen Daten/Datenkategorien
- Anlage 2: Technische und organisatorische Maßnahmen des Auftragnehmers
- Anlage 3: Liste der genehmigten Subunternehmer
- Anlage 4: Weisungsberechtigte Personen

(Ort, Datum)

(Ort, Datum)

(Unterschrift Auftraggeber)

(Unterschrift Auftragnehmer)

Anlage 1: Beschreibung der betroffenen Personen/Betroffenengruppen sowie der besonders schutzbedürftigen Daten/Datenkategorien

ENTWURF

Anlage 2: Technische und organisatorische Maßnahmen des Auftragnehmers

ENTWURF

Anlage 3: Liste der Subunternehmer des Auftragnehmers

Der Verantwortliche genehmigt dem Auftragnehmer die Inanspruchnahme der folgenden Subunternehmer genehmigt:

	Subunternehmer <i>[Firma, Anschrift, Ort der Datenverarbeitung ergänzen]</i>	Gegenstand der Beauftragung , insbes. Umfang und Zweck der Datenverarbeitung durch den/ die Subunternehmer beschreiben.	Ansprechpartner beim Subunternehmer [insbes. Name, Funktion und Kontaktdaten der Kontaktperson ergänzen]
1.			
2.			
3.			
4.			
5.			

Anlage 4: Weisungsberechtigte Personen

Weisungsberechtigte Personen des Auftraggebers sind

Name/ Funktion: _____

Stellvertretend:

Name/ Funktion: _____

Weisungsempfänger beim Auftragnehmer sind

Name/ Funktion: _____

Stellvertretend:

Name/ Funktion: _____